

Krafsamer Zeitung.

Nr. 29.

Dinstag den 6. Februar

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verleumdung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 36 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Nr. 379/praes.
In Folge Verfügung des hohen k. k. Polizei-Ministeriums vom 29. Jänner l. J. wurden zur Erleichterung für das reisende Publicum die Vorsteher der politischen Behörden erster Instanz, d. i. die k. k. Bezirks-Vorsteher und in Krafsau der k. k. Polizei-Director ermächtigt, im Namen des Statthalters Auslands-Pässe und Papiere auszufertigen und Arbeits- oder Wanderbücher zu Heisen in das Ausland zu viduiren. Nur in jenen Fällen, wo sich gegründete Bedenken gegen die Pasertheilung bei den Unterbehörden geltend machen oder wo es sich um Pässe für Individuen anderer Provinzen oder aber für Ausländer handelt, wird die Pasertheilung von dem Statthalter-Commissions-Präsidium abhängig sein.

Diese Verfügung tritt mit 15. Februar l. J. in Wirksamkeit.

Vom k. k. Statthalter-Commissions-Präsidium.
Krafsau am 4. Februar 1866.

Nr. 68.947.
Se. Excellenz der Herr Statthalter haben vom Schuljahre 1865/6 angefangen dem Schüler der 4. Classe an der Samborer Hauptschule, Michael Kulezky, Sohn eines mit sieben Kindern belasteten Grundwirthes, in Berücksichtigung der Abstammung von dem Stifter Jakob Kulezky, ein Stipendium jährlicher 145 (Einhundert vierzig fünf) Gulden 6. W. aus der Jakob Kulezky'schen Stiftung verliehen.
Lemberg, am 22. Jänner 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der zum Domherrn des Fürstbistums Domcapitels ernannte Dr. Carl Festl von der Stelle eines Oberinspicienten des Pest-Diner Districtes über sein Ansuchen in Gnaden entlassen und demselben bei diesem Anlasse für seine ersprießliche Dienstleistung der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Nichtamtlicher Theil.

Der Aufenthalt Ihrer Majestäten in Pest.
Aus Pest, 5. Februar, wird der „W. A.“ gemeldet: Ihre Majestäten erschienen gestern bald nach Beginn der Vorstellung im Nationaltheater und blieben bis zum Ende. Das Publicum, welches von dem Allerhöchsten Besuch im voraus in Kenntniß gesetzt war, füllte das Theater schon um 6 Uhr in allen Räumen und begrüßte Ihre Majestäten auf das herzlichste. Ihre Majestäten werden das Nationaltheater auch heute und während des Allerhöchsten Aufenthaltes auch ferner so oft als möglich mit Allerhöchstem Besuche beglücken.

Ihre Majestät die Kaiserin besuchten heute zwischen 11 und 12 Uhr Vormittags unter Führung des Präsidialsecretärs Werner das Kloster der grauen Schwestern.

Aus Pest, 3. Februar, schreibt man der „Debatte“: Der Andrang von armen Leuten mit Bittschriften an die Kaiserin ist ein unerhörtes. Dieser Lage mußte ein städtischer Commissär bei Abnahme der Bittschriften interveniren. Der Empfang bei der Oberstbismarck'schen Wohnung war heute ein ganz außerordentlich zahlreicher; bei 300 Equipagen und Fiaker fuhrn vor. — In den nächsten Tagen soll auf dem Rakos ein großes Manöver im Feuer stattfinden. Gestern Abends sind noch mit der Eisenbahn Galahofwagen hier eingetroffen. Man schießt daraus auf einen verlängerten Aufenthalt und diese Annahme erfüllt die Stadt mit Freude. Wie ich höre, soll die Dauer des Aufenthalts Ihrer Majestäten allerdings, und zwar vorläufig bis zum 18. d. verlängert worden sein.

Ein Telegramm der „Debatte“ aus Pest, 4. Jänner, meldet: Se. Majestät geruhte die confiscirten Güter Herencsény und Felsobánya des Grafen Ladislaus Teleki seinen Erben: der Frau v. Bogoz, Gräfin Klementine Teleki und Julie Földvary, geborne Gräfin Teleki, und Grafen Alexius und Julius Teleki zurückzugeben. Für die Abgeberanten in Pils-Szanto spendete Se. Majestät aus a. h. Seiner Privatsassa 2000 fl.; einem armen Mädchen in der Raizenstadt, das heute die goldene Hochzeit feiert, ließ Se. Majestät gestern durch einen Cabinets-Officialen eine ansehnliche Geldspende zustellen. Heute fand in Ofen eine Ministerconferenz statt. Der gestrige Hofball ist gänzlich ausgefallen. Ihre Majestäten besuchten heute das Nationaltheater. Der Bürgerball wird, neuer Bestimmung zufolge, am 6. d. abgehalten werden.

Aus Agram, 4. d., meldet ein Telegramm der Debatte: Dem gewesenen ungarischen Finanzminister

Duscher ist von Sr. Majestät dem Kaiser eine lebenslängliche Pension von jährlich dreitausend Gulden, von Neujahr angefangen, bewilligt worden.

Krafsau, 6. Februar.

„Die Welt ist rund und muß sich drehen“, aber jetzt scheint sie sich auf die Rotationen zu beschränken, zu welchen die Hasen und Geigen des Carnevals laden; in der politischen Welt scheint völliger Stillstand zu herrschen und wir brauchen viele Worte, um zu sagen, daß uns heute wenig zu sagen übrig ist. Zumal auf dem Continent, hier sind es nur die Nachwirkungen der transatlantischen Fragen, welche die Politiker in Spannung, und die Cabineten in einiger Thätigkeit halten. Vielbesprochen wird heute die mexicanische Frage und die steigende Belegenheit des zwischen überreiztes Ehrgefühl und herbe Finanznoth, wie zwischen Thür und Angel geprehten Madrider Cabinetes. In der mexicanischen Angelegenheit scheint E. Napoleon an den Forderungen früher eingezogener Verpflichtungen fest und entschieden halten zu wollen. Am 28. v. ist in Wien ein Courier des Fürsten Metternich mit Depeschen eingetroffen, über welche sogleich dem Kaiser ein Vortrag erstattet wurde und die sich auf Mexico bezogen. Es scheint, schreibt man der „Grazzer Tagespost“, daß sich bedeutungsvolle Dinge in Bezug auf Mexico vorbereiten, und daß hierüber dem Fürsten Metternich Größtaugen gemacht wurden, nicht aber etwa in dem Sinne, daß der Kaiser der Franzosen sich entschlossen hätte, den von ihm errichteten mexicanischen Thron seinem Schicksale zu überlassen und dem Washingtoner Cabinet den Willen zu thun. Nicht unbegründet vielmehr dürfte die Vermuthung sein, daß die Tuilerien auf eine gewisse Solidarität mit Oesterreich hoffen für ein von ihnen entworfenes Project in der mexicanischen Angelegenheit. Von anderer Seite wird gleichfalls berichtet, daß die französische Regierung in der mexicanischen Angelegenheit jetzt unzweifelhaft energisch auftritt. Wie es scheint, will sie ein für alle Mal wissen, wessen sie sich von den Vereinigten Staaten zu gewärtigen hat. Graf Favornay soll für Herrn v. Monttholon Instruktionen mitgenommen haben, welche eine schnelle Entscheidung der Frage veranlassen dürften. Man wird von Herrn Seward eine Erklärung darüber erbitten, wiewfern die Union eine Fortdauer der Occupation Mexico's als einen Kriegszustand ansehen werde; man wird hinzufügen, daß Frankreich sich eine Garantie für die Unterzeichner der letzten mexicanischen Anleihen verschaffen müsse, von Amerika aber nichts anderes wünsche, als die Beobachtung der Neutralität zwischen Maximilian und Suarez auch nach dem Abzuge der Franzosen. Mittlerweile schafft man abermals Fremdenlegationen nach Mexico, die wahrscheinlich dem Kaiser Maximilian in ähnlicher Weise zur Verfügung gestellt werden, wie es mit ihren Kameraden dem römischen Hofe gegenüber geschehen ist.

Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß die k. Regierung seit Abendungen der Depesche vom 25. Jänner nach Washington, auf welche sie Antwort erwartet, weiter keine Schritte gethan hat. Sie dementirt mithin die Angabe auswärtiger Correspondenzen, welche von der Abendung einer Depesche aus Washington sprechen, die nicht im gelben Buche enthalten wäre.

Die officiöse „Revue Contemporaine“ fordert entschieden die Räumung Mexico's; sie tritt hier so offen auf und sagt so ganz ungenirt die Dinge, wie sie sind, daß man kaum glaubt, ein in Frankreich erscheinendes Blatt zu lesen. Nach einer Darstellung der ganzen mexicanisch-amerikanischen-französischen Frage bezeichnet sie es geradezu als einen Fehler, daß Frankreich, das seine ganze Verantwortlichkeit, große Geldsummen und die Ehre seiner Fahne für den Erfolg der mexicanischen Expedition eingesetzt hatte, sich nicht mehr beeilt, die in Richmond constituirte Regierung anzuerkennen. Heute handle es sich darum, diesen Fehler wieder gut zu machen. Man muß, schreibt die „Revue“, die Lage der Dinge nehmen, wie sie ist, wir müssen uns aus derselben herausziehen, so gut es geht, ohne jedoch unnütz Gefahr zu laufen oder vor notwendigen Gefahren zurückzukehren. Eins steht heute fest: die Räumung Mexico's wird von der französischen Regierung, von America und von der französischen Nation gewünscht. Es wäre wirklich ein Unglück, wenn es unter diesen Umständen nicht möglich sein sollte, sich über die Mittel zu einigigen, und böser Wille Seitens einer der Parteien eine unheilvolle Entwicklung herbeiführen würde. Der „Revue“ zufolge hat übrigens die französische Regierung, indem sie das Nichtinterventions-Prinzip aufgestellt, den Weg zu einer Schlichtung des Streites angebahnt. Wenn, meint die „Revue“ weiter, die Washingtoner Regierung aber dann den unan-

genehmen Ton, der ihre Depeschen kennzeichnet, beibehalte, wenn man verzeiweln muß, sich mit dieser hochmüthigen Republik zu verständigen, so wird es Niemanden mehr in Frankreich geben, welcher die Räumung Mexico's verlangt. Suarez wird dann keine Advocaten mehr in Frankreich haben, Frankreich wird dann zeigen, was es ist, und America es sich zwei Mal überlegen und sich daran erinnern, daß Washington es vor dem Kriege mit seinen Nachbarn und besonders vor einem Kriege mit Europa gewarnt hat. Der Schluß der Stelle aus dem Artikel der „Revue“ klingt schon etwas officiöser; auch behauptet sie, daß hätte der Kaiser seine volle Initiative gehabt, der mexicanische Fehler nicht begangen worden wäre. Dieses verhindert aber doch nicht, daß die Sprache des genannten Blattes so merkwürdig ist, daß jedes andere Blatt dafür verwirrt werden würde.

Auch in Nordamerica wiegelt man ab. So bemerkt das Bostoner „Commercial Bulletin“ in einem längeren Artikel unter Anderm: „Es erhebt sich die Frage, ob eine gesunde und verständige Politik uns zwingt, Partei gegen das mexicanische Kaiserthum für die sogenannten Republikaner Mexico's zu nehmen. Wir glauben, daß das Washingtoner Cabinet jede wirkliche Regierung in Mexico, sei es eine monarchische oder republikanische, anerkennen wird, die sich fähig zeigen wird, Geß und Ordnung aufrecht zu erhalten, Redlichkeit in den Beziehungen zu dem Auslande zu bewahren und die Rechte der amerikanischen Bürger zu respectiren. Das Volk der Vereinigten Staaten würde gegen den Mann erkennenlich sein müssen, der die herkulische Aufgabe erfüllt, Mexico in ein Land, wie es sich ziemt, umzuwandeln und einen guten Nachbar für die Vereinigten Staaten zu schaffen.“ Das genannte Blatt schießt den Artikel folgendermaßen: „In Mexico sind nur noch Banditen übrig, welche den Republikanismus zum Vorwand der abscheulichsten Verbrechen nehmen, und die eben so gut jede andere Regierungsform, welche Ordnung und die heiligen Geße für Personen und Eigenthum aufrecht hielt, bekämpfen würden. Eine rückgängige Bewegung und in Folge davon eine Wiederherstellung der Herrschaft der Anarchie, welche an Stelle des Kaisers Maximilian den Präsidenten Suarez und dessen barbarische Horden setzte, würde somit ein förmliches Verbrechen gegen die Civilisation und die Humanität sein.“

Die hilenisch-spanische Angelegenheit nimmt immer größere Proportionen an. Man glaubt, daß die übrigen spanischen Republiken Südamerica's dem Beispiele Peru's folgen und sich Chile in seinem Kampfe gegen Spanien anschließen werden. In Madrid selbst herrscht in Folge des Erscheinens hilenisch-peruanischer Kreuzer an den spanischen Küsten panischer Schrecken. Durch die Abendung der besten spanischen Kriegsschiffe nach den hilenischen Gewässern ist Spanien ohne Seestreitkräfte. Nicht allein seine Küsten, sondern auch seine Verbindungen mit den Antillen sind bedroht. Zwei hilenische Corvetten und eine peruanische Fregatte, die aber im Solde Chili's steht (alle 3 führen Kanonen vom schwersten Kaliber), sollen Spanien im Süden beunruhigen, während ein anderes hilenisches Schiff mit formidabler Artillerie im Norden kreuzen werde. In Antwerpen soll ebenfalls ein hilenischer Kreuzer angekommen sein. Man weiß jedoch nicht, ob es der für den Norden bestimmte ist.

Ein Privatschreiben aus Santiago vom 16. December, welches die „Times“ in ihrer neuesten Nummer mitgetheilt, schildert die Stimmung der Chilenen als eine sehr gehobene. Ihr Hauptverlaß wäre wie es scheint, auf Peru, und sie erwarten nicht weniger, als daß die ganze spanische Blockadeflotte von der verbündeten hilenisch-peruanischen, gefangen genommen wird. Zu irgend welchen Concessionen werde sich in Chili Niemand verstehen. Die Blockade schade dem Lande wenig, die Geschäfte seien vortreflich, Ardeit gebe es in Hülle und Fülle, die kleineren Häfen seien zum Ersatz für die blockirten größeren mehr als hinreichend und von Verlusten seien bisher nur die fremden Firmen getroffen worden, deren Establishments sich in den alten Hafenstädten befinden.

In Parisier englischen Kreisen spricht man viel von einem Memoire, welches die in Valparaiso wohnenden Engländer Lord John Russell hätten überreichen lassen. Sie fragten darin an, ob es nicht möglich sei, das spanische Gouvernement für die im menschlichen Verluste verantwortlich zu machen, welche in Folge der Blockade des Hafens von Valparaiso erlitten. Alle in Chili wohnenden Engländer hätten in den betreffenden Consulaten die Werthe ihrer Besitzungen einregistriren lassen, sowie solche am 23. September v. J., d. i. beim Beginne der Blockade, aus ihren Büchern z. sich ergeben. Man glaubt nicht, daß Lord Russell dieses Memoire zum

Gegenstande einer Beschwerde beim Cabinet von Madrid machen werde.

In der Herzogthümerfrage herrscht gleichfalls Stillstand. Die Affaire May, schreibt man aus Wien, ist noch in keiner Weise mit Oesterreich officiell zur Sprache gebracht worden, und behält auch in erster Linie nur eventuell die schleswig-holsteinische Landesregierung. Sie bewegt sich auf rein judicellem Gebiet und es wird von dem Beweise abhängen, ob May preussischer Unterthan sei und wirklich ein Verbrechen begangen habe, — erst dann kann von der Möglichkeit einer Auslieferung die Rede sein. Eine Requisition Seitens Preußens ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Nur die in Altona kürzlich stattgehabte Massenversammlung macht in Berlin trübe Stunden und veranlaßt das preussische Cabinet zu Klagen. Die „Zeidler'sche Corr.“ spricht von der Abwendung einer preussischen, nach Wien gerichteten Beschwerde-Depesche. Sie sagt: Wenn es erlaubt ist, aus mancherlei Anzeichen, die in den letzten Tagen hervorgetreten sind, einen Schluß zu ziehen, so verschließt sich die preussische Regierung nicht der Nothwendigkeit den Wiener Hof an die Verantwortung, die er durch den Saffner Vertrag auf sich genommen, zu erinnern. — Die „Zeidl. Corr.“ hofft, daß der Wiener Hof den preussischen Beschwerden „die gebührende Aufmerksamkeit“ schenken werde.

Aus Kiel bringen die „Hamb. Nachr.“ eine officiöse Correspondenz, welche bemerkt, daß die von den dort versammelt gewesenen Ständemitgliedern beschlossene Eingabe wegen Einberufung der Ständeversammlung schon Seitens der Landesregierung, die dieselbe an den Statthalter vermitteln soll, als unannehmbar bezeichnet werden dürfte.

Von mehreren Seiten wird berichtet, daß der Papst aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Otto sowohl an Victor Emanuel wie an dessen Tochter, Maria Pia, Königin von Portugal, eigenhändige Condolenzbriefe gerichtet habe. Die politische Lage widerspricht dieser Angabe nicht, denn in der letzten Zeit hatte eine erneuerte Annäherung des Vatican an den Pitti-Palast stattgefunden. Der römische Hof war verstimmt worden, weil Herr Boggio seinen bekannten Bericht über die Unterredung mit Pius IX. veröffentlicht hatte und sogar, wie man zu glauben veranlaßt war, unter Zustimmung Lamarmora's. Als Herr Boggio gegen Weisungen persönlich nach Rom sich begeben hatte, um Rechtfertigungen vorzubringen, wurde er vom Papste gar nicht, vom Cardinal Antonelli nur freitig empfangen und mußte unverrichteter Sache heimkehren. Die Florentiner Regierung entschloß sich deshalb auf den Rath Frankreichs, auf anderem Wege die Ausöhnung zu versuchen. Graf Avagadro de Collabiano, ehemaliger Kammerherr der in Rom früher zurückgezogen lebenden Witwe Königs Carl Felix, Marie Christine, wurde beauftragt, den delicaten Schritt zu unternehmen, und obgleich die „Unita Cattolica“ eine derartige Mission völlig in Abrede stellte, ist dieselbe doch als factisch und wohlgelungen zu bezeichnen.

Einem Schreiben des „Gzas“ aus Rom vom 27. v. M. zufolge wird in diplomatischen Kreisen die Abreise des Barons Meyendorff für sicher angesehen. Der hl. Vater wolle keine russische Gesandtschaft. Der Wiener r.-Correspondent des „Gzas“ vom 1. d. erfährt gleichfalls aus diplomatischer Quelle, daß die Angelegenheit Bar. Meyendorff's vorläufig für erledigt angesehen werden könne und Rußland einen Gesandtenwechsel in Rom eintreten lasse. Cardinal Antonelli habe die Sache beigelegt. Irig sei, als habe Rußland Preußens Vermittlung angesprochen, so wie als habe Rußland sich gemüßigt gefühlt, in Folge der Schritte von Wien und Paris aus in Petersburg seine dortigen Vertreter durch andere niedereren Ranges zu ersetzen.

Briefe aus Rom vom 31. Jänner melden, daß das nächste Consistorium bis auf den 19. März hinausgeschoben ist. In dieser Versammlung würde der Papst zum ersten Mal einen amerikanischen Cardinal ernennen.

An die Thätigkeit des am 1. Februar zusammengetretenen neuen englischen Parlaments knüpfen sich Erwartungen sehr verschiedener Farbe; die Thronrede und die Vereidigung der Mitglieder stattgefunden hat. Die „Times“ läßt sich über die Zukunft des neuen Hauses in orakelhaften Worten vernehmen, durch welche die Hoffnung auf Vereidigung der Parlamentesform hindurchklingt und am Schluß des Artikels ganz offen hervorbricht.

Aus Constantinopel ist unterm 24. Jänner nähere Aufklärung über die Unruhen im Libanon eingetroffen. Bekanntlich hatte Daoud Pascha willkürlich neue Steuern auflegen lassen und die damit Unzufriedenen, unter denen sich Verwandte Joseph Ka-

rams befanden, einsperren lassen, was zu einem Widerstande der Maroniten Anlaß gab, der freilich durch die türkischen Truppen niedergedrückt wurde und die Folge hatte, daß sich Joseph Karam auf die Flucht begab. Damit ist die Sache aber noch nicht zu Ende. Ungeachtet ihrer Niederlage stehen die Empörer noch im Felde, durch ihre Positionen geschützt und es wäre nicht unmöglich, daß die Sachen eine noch ernstere Wendung nähmen. Die Pforte suchte die Bedenklichkeit der Ereignisse als geringer darzustellen. Sie gibt vor, es handle sich nur um einen tollkühnen Versuch Joseph Karams, im Einverständnis mit dem maronitischen Patriarchen gegen die Administration Daoud Pascha's zu complottiren, alles sei bereits beschwichtigt und werde keine weiteren Folgen nach ziehen. Das ist die Sprache, welche Ali Pascha den auswärtigen Gesandten gegenüber führt, aber im Grunde ist die Pforte sehr unruhig über die Eventualitäten, die sich von dieser Seite her vorbereiten können und darum bereitet sie wieder insgeheim eine neue Expedition von fünf Dampfregatten mit Truppen vor, welche nach Beirut abgehen können, sobald sich das Bedürfnis derselben geltend macht. Die an Daoud Pascha abgehenden Instruktionen sind im Ganzen verhältnißlich. Er ist beauftragt, mit den Empörern in Unterhandlungen zu treten, die jedoch nicht die Autorität und Würde des Sultans beeinträchtigen. Er soll, je nachdem er es für erforderlich hält, Drohungen und Ueberrückungen zur Anwendung bringen, um die Revolte zu Ende zu bringen, ehe die Mächte die den Vertrag unterzeichnet haben, sich in die Angelegenheit mischen. Präsident Johnson weigert sich, wie aus New-York gemeldet wird, auf's Bestimmteste, Jefferson Davis oder irgend einen anderen des Hochverraths Angeklagten vor ein Militärgericht zu stellen. Er will in diesem Punkte keine Ausnahme gestatten.

Gutem Vernehmen nach hat Oesterreich auf der Karlsruher Postvereins-Conferenz, mit dem Ersuchen, den Antrag als einen dringlichen zu behandeln, den Anschluß Holsteins an den Postverein beantragt.

Oesterreich hat, wie wir dem „Wiener Lloyd“ entnehmen, soeben zwei neue Consulate errichtet, zu Montreal in Unter-Canada und zu Maracaibo in der Republik Venezuela. Zu Honorar-Consuln sind in Montreal der Kaufmann Vanthage, in Maracaibo der Kaufmann Schmilinski ernannt.

Der zum Ministerrath ernannte Sectionsrath und Director des k. k. General-Consulates in Paris, Herr v. Schwarz, schreibt man aus Wien, 4. Februar, reist übermorgen nach Paris zurück, nachdem die Vorbereitungen, welche er hier wegen des österreichisch-französischen Handelsvertrages gepflogen, so weit beendet sind, daß an die eigentliche Vertragsschließung nunmehr nach einigen Wochen herantreten werden kann. Er dürfte in einem Monate wieder hierher zurückkehren und in jener Zeit auch die französischen Bevollmächtigten und Sachmänner hier eintreffen, weil in Wien die wirklichen Vertragsverhandlungen stattfinden werden. — In Sachen der ins Leben zu setzenden mercantilen Verkehrsvereinerungen zwischen Oesterreich und Italien erwartet man nun sehr bald eine definitive Entscheidung, da von Paris aus Mittheilungen in Aussicht gestellt sind über die Resultate der vermittelnden Pömparlers.

Die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag zwischen Preußen und Rußland sollen, wie die Berl. „Mont.-Ztg.“ meldet, in der neuesten Zeit auf große Schwierigkeiten gestoßen sein.

Landtagsverhandlungen.

[27. Sitzung des galizischen Landtages am 23. Jänner 1865.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr Vormittags. Anwesend: 132 Abgeordnete.

Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungscommissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger. Nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung wurde eine Zuschrift des k. k. Statthalterei-Präsidentiums vom 26. d. des Inhalts verlesen, daß Se. Excellenz der Herr Finanzminister mit dem Ertrasse vom 16. Jänner l. J. in Folge des Landtags-Beschlusses vom 29. December v. J. den 8wöchentlichen Termin zur Einbringung der Reclamationen gegen die Katastral-Schätzung auf 3 Monate erstreckt und die k. k. Finanzlandesdirection in Krakau mit der Befähigung dieses Erlasses beauftragt hat.

Hierauf wurden folgende 2 Anträge auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

1. Antrag des Abg. Lipezyński, der Landtag wolle den Landesausschuß mit der Ausarbeitung eines Entwurfes zur Einrichtung der Sanitäts-Polizei und zur Erleichterung der Benützung des ärztlichen Schutzes und Beistandes von Seite der armen Bewohner der Dörfer und Marktflecken beauftragen und diesen Entwurf zum bindenden Beschluß erheben.

2. Antrag des Abg. Tarczanowski: Der Landtag wolle bei der k. k. Regierung erwirken, daß a) die Eintreibung der rückständigen und der laufenden Steuern in den Gebirgsgegenden des Samborer und Sanoker Kreises bis zur besseren Ernte sistirt, und b) der Ertrag der, der dortigen Bevölkerung noch im Jahre 1847 ertheilten, aber bis jetzt noch nicht ganz rückgezählten Unterstützung auf bessere Zeiten verlagert werde.

Beide Anträge sind hinreichend unterstützt, werden gedruckt und vertheilt werden.

Abg. Demkow erhält einen achtstägigen Urlaub und Abg. Geringer entschuldigt seine Abwesenheit durch Krankheit.

Hierauf wird die Fortsetzung der neuerdings dem Landtage vorgelegten Petitionen verlesen und darauf die Unterstützungs-Petition der Stadt Sniatyn auf Antrag des Abg. v. Gniwoszy dem Landesausschuß zugewiesen, welchem auch andere Unterstützungs-Gesuche zugetheilt werden.

Auf Antrag des Abg. v. Krański beschließt ferner das Haus die Verstärkung der Commission für administrative Angelegenheit durch 5 aus der ganzen Versammlung zu wählende Mitglieder.

Sodann wird folgender Antrag des Abg. Kowbasinski vorgelegt: In Berücksichtigung des seit dem 3. 1848 geänderten materiellen Zustandes unseres Landes wolle der hohe Landtag beschließen, daß die Patente in Betreff der Erhebung der sog. jura stolae normirt werden. — Der Antrag ist hinreichend unterstützt und wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Zur Tagesordnung übergehend, erstattet der Abg. v. Krzeczunowicz den Bericht des Landesausschusses über die Verzehrssteuer von Fleisch. Der Landesausschuß beantragt bezüglich dieses Gegenstandes: Der h. Landtag wolle auf Grund des §. 19. der Geschäftsordnung folgenden Antrag zum Beschluß erheben: Der Tarif der Verzehrssteuer von Fleisch soll für ein jedes Kronland unter gehöriger Berücksichtigung des Durchschnittsgewichtes des Viehes und des durchschnittlichen Fleischpreises bemessen werden, damit die Höhe der Steuer im Verhältnisse des Preises eines Centners Fleisches in allen Kronländern gleich sei.

Auf Antrag des Abg. Grocholski wird beschloffen, diesen Gegenstand im Sinne des §. 50 der Geschäftsordnung sogleich der zweiten Lesung zu unterziehen. Der Antrag des Abg. Czajkowski, diesen Gegenstand früher an die Katastralcommission zu überweisen, wird abgelehnt. — Die zweite Lesung wird bis zur nächsten Sitzung verlagert.

Hierauf wurde die Wahl des Abg. der Stadt Jaroslaw Ladislaus St. Badeni, agnoscirt, worauf er und der Abg. Zabiński das vorgeschriebene Angelobniß leistet.

Sodann wird zur Wahl der 5 zur Verstärkung der Administrativ-Commission bestimmten Mitglieder geschritten. Zum Terminum werden bestimmt die Abg. Gutowski, Morgenstern, Kaczowski, Gyniński, Kaczala, Zul-Skarszewski, Boryskiewicz und Fürst Sanguszko.

Nun folgt der Bericht der Petitionscommission, wobei folgende Beschlüsse gefaßt werden:

Die Petition der Stadt Wisnicz wegen Ertheilung eines Darlehens zum Wiederaufbau nach dem Brandunglücke wird an die Finanz-Commission überwiesen. Die Petition der Gemeinde Nowosólka mit einer Beschwerde gegen den dortigen Lehrer wird dem k. k. Statthalterei-Präsidentium zur geeigneten Amtshandlung abgetreten. Die Petition der Aufsicht der St. Annenkirche in Krakau wegen Wiederertheilung der früheren Subvention aus dem Staatskassen und wegen Unterstützung aus Landesmitteln wird an das k. k. Statthalterei-Präsidentium und an die Budgetcommission zur thunlichsten Berücksichtigung übersendet.

Die Petition der Jagrowicer Gemeinde-Representanz wegen Regulirung der dortigen Schulverhältnisse wird an das k. k. Statthalterei-Präsidentium zur Beschleunigung und an die Educationcommission geleitet. Die Petition des Gutowski um ein unverzinsliches Darlehen zur Anfertigung von Modellen und Maschinen seiner Erfindung wird dem Landesausschuße zur Erledigung zugewiesen. Die Petition der Dolinac Gemeinde-Representanz wegen Unterstützung des der Regierung vorgelegten Gesuches in Betreff der Unterstellung der dortigen Hauptschule unter die Oberaufsicht des römisch-katholischen Consistoriums in Lemberg wird an das k. k. Statthalterei-Präsidentium behufs der Beschleunigung dieser Angelegenheit und der Educationcommission zum Gebrauche übermittelt. Die Petition der Gemeinde Ostapie wegen Entfernung des dortigen Lehrers wird dem k. k. Statthalterei-Präsidentium zur Einleitung der Untersuchung und Bestrafung des Schuldigen und der Schulaufsicht abgetreten. Die Petition des Paul Borch, Lehrers in Kolodziejówka, welcher um den Schutz des Landtages gegen die, eine Theilung der Schule zum Ziele habende Agitation bittet, wird dem k. k. Statthalterei-Präsidentium übermittelt. Ueber diesen Gegenstand entspann sich eine längere Discussion, während welcher auch der Regierungscommissär das Wort ergriff und erklärte, daß die k. k. Statthalterei, falls dem Lehrer wirklich Unrecht zugesügt wurde, ein ähnliches Unrecht nicht dulden würde. Der Commission war diese Angelegenheit nur aus dem Gesuche bekannt. Der Redner erklärte, daß er als Regierungs-Commissär von dieser Petition früher nicht in Kenntniß gesetzt wurde und wenn dies von Seite der Petitions-Commission geschehen wäre, so hätte er den Sachverhalt constatirt und gehörig aufgeklärt. Man könne das, was die eine Partei für wahr ausgibt, nicht nothwendigerweise als Wahrheit annehmen.

Abg. Grocholski führt in Erwiderung des Herrn Regierungs-Commissärs an, daß, wie ihm bekannt sei, an die Departements der k. k. Statthalterei Circulare mit dem Auftrage ergangen sei, daß Abgeordneten keine Acten ausgefolgt, sondern, daß die sich Meldenden an den k. k. Regierungs-Commissär gewiesen werden. Eine solche Anordnung erdwert nach der Meinung des Redners die Gesichtspunkte in die erforderlichen amtlichen Acten, weil doch der Regierungs-Commissär beim Geschäftsabgange nicht in der Lage wäre, alle Anforderungen zu befriedigen.

Darauf erklärt der Herr Regierungscommissär, dieses Circulare sei wirklich und zwar über sein Zutun erlassen worden, aber nicht um die Thätigkeit zu erschweren, sondern um sie zu erleichtern. Der Regierungs-Commissär müsse wissen, welche Acten

oder Informationen die Landesvertretung benötiget, weil es sich sonst ereignen könnte, daß der Regierungs-Commissär erst in der Sitzung erfahren würde, welche Auskünfte der Landtag von der Regierung eingeholt hat. Dazu sei das Departement für Landtagsangelegenheiten bestimmt und es sei bis jetzt kein Fall vorgekommen, daß dort ein Landtagsabgeordneter die verlangten Auskünfte oder Actenstücke nicht erhalten hätte.

Auf die vom Abg. v. Kulczycki während der Discussion über die Petition des Lord gemachte Bemerkung, der Ausdruck „unhaltbar“ bedeute, doch der Petent seine Stelle zu verlassen und sich um eine andere Anstellung zu bewerben hätte, erklärte der Hr. Regierungs-Commissär, daß die Regierung diesen Ausdruck „unhaltbar“ nicht so verstehe, daß der Petent von der Stelle zu entlassen sei.

Diese, so wie die frühere Eröffnung des Herrn Regierungs-Commissärs wurde von der Versammlung mit lauten Zeichen der Befriedigung aufgenommen.

Einige andere Petitionen von Volksschullehrern um Aufbesserung ihrer Existenz wurden an die Educationcommission überwiesen.

Hierauf theilt Fürst Sanguszko das Resultat der Wahl in die Administrativcommission mit: Anzahl der Stimmenden 88; es erhielten Graf Badeni 73, v. Gniwoszy 53, Ustjanowicz 53 St., folglich die absolute Stimmenmehrheit. Nach diesen erhielten die meisten Stimmen: Paszkowski 44, Geringer 42, Graf Golejowski 34, Kapiszewski 33, v. Kozłowski 32 und Nehrebedi 32.

Es wurde endlich die Wahl von noch 2 Mitgliedern der Administrativ-Commission vorgenommen.

Die Sitzung wird um 2 1/4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Samstag, Tagesordnung: Zweite Lesung des Antrages des Landesausschusses über die Verzehrssteuer von Fleisch. Erste Lesung der Anträge: des Abg. Lawrowski in Betreff der Unterstützung des ruthenischen Theaters und in Betreff der Salzmagazine; des Abg. Mogilnicki über den Verkauf der Salzpoole; des Abg. Kurzywicz in Betreff der Unterstützung des Gymnasiums in Buczacz aus Landesmitteln; des Abg. Dr. Rabat über Gymnasien; des Abg. Ustjanowicz über den Unterricht in der Thierheilkunde und in Betreff der Einrichtung der Mauthgebühren von Hieren.

Der „Debatte“ meldet man aus Lemberg, daß der Gemeindevorstand des galizischen Landtages die zwangsweise Zusammenlegung von Guts- und Dorfgebiet, wie früher im Plane gewesen und von vielen Seiten empfohlen worden ist, schließlich fallen gelassen hat, und zwar aus dem Grunde, weil der Regierungsvertreter sonst eine Sanctionirung des Gemeindegesezes nicht in Aussicht stellen zu können erklärte. Es scheint also, daß an dem Principe der facultativen Zusammenlegung von Guts- und Dorfgebieten, welches in den im Reichrath zu Stande gekommenen Grundzügen eines Gemeindegesezes Aufnahme gefunden hat, festgehalten werden soll.

Ein Lemberger Corr. des „Gaz.“ erörtert den Antrag des Grafen Goltuchowski betreffs des freien Güter-Ankaufsrechtes von Seiten der Israeliten, behauptet, daß ein Drittel des Bodens bereits deren Eigenthum de facto, obwohl noch nicht de nomine sei, er würde als Abgeordneter für diesen Antrag aus utilitätschen und praktischen, andererseits aus Gründen der Consequenz in Anerkennung des Principes der Freiheit stimmen, aber findet auch den Geist der Widerständigkeit gegen denselben natürlich und constatirt schließlich, daß er von der Majorität des Hauses nicht beifällig aufgenommen worden, zumal hätten die Abgeordneten des Kleingrundbesitzes, jene „magarischen und ruthenischen Naturpolitiker“, welche möglichst unabhängiger Ansicht vor ihren Intelligenzcollegen sein wollen, entschieden ausgeprochen: „wenn die Herren auf Seiten der Juden beharren werden, so werden wir mit ihnen nicht stimmen!“

Aus Anlaß eines eingeklandeten Schreibens über den Bodencredit bespricht der „Gaz.“ auch seinerseits den Creditmangel im Lande überhaupt. Die Protection der Regierung sei in Sachen des Credits unentbehrlich, der Mangel an Bürgschaft für die hypothekarischen Gläubiger erschwere den Credit auf Hypotheken. Aber leider drehe man sich hierzuland im circulus vitiosus: kein Credit wo kein Geld, kein Geld wo kein Credit und hier fehle beides. Geld komme vom Landesreichthum, den wieder erst die Harmonie der Agricultur, des Handels, der Industrie, der Creditinstitute, des Gerichts- und Administrativverfahrens zu Wege bringe. Belgien sei reich durch die jährlich von der Bevölkerung ersparten Millionen. Mit einemmal könnte das Land nicht reich werden. Der Landtag könne und müsse nur fördernd einwirken. Der Credit komme erst nach und nach mit der Wohlhabenheit. Durch Arbeit und Sparsamkeit werde das Land zu Geld und dann zu Credit kommen. Anders begreift der „Gaz.“ nicht, woher er kommen solle.

In der Sitzung des niederösterreichischen Landtages am 5. Februar wurde eine Zuschrift Sr. Excellenz des Statthalters verlesen, wornach über allerhöchste Entscheidung der Schluß der gegenwärtigen Landtagssession am 15. Februar zu erfolgen hat, falls die Geschäfte einen früheren Abschluß nicht gestatten sollten.

Aus Feldkirch, 2. d., wird der „Presse“ telegraphirt: Das Landesgericht von Innsbruck hat das Original der von der Gemeindevertretung von Hard einstimmig für den Landtag votirten Dank- und Vertrauensadresse requirirt. Eine Commission des Bezirkssamtes Brezeng erschien am 21. Jänner in Hard und vernahm den gesammelten Anschluß bezüglich des Inhalts und des Verfassers der Adresse zu Protocoll. Die Untersuchung geschieht wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 des Strafgesetzes. Wie aus Pest gemeldet wird, hält heute, 6. d.,

das Unterhaus eine Sitzung, in welcher der Adress-Entwurf zur Verlesung kommt. Der Adressentwurf wird unter die Mitglieder des Hauses vertheilt und hierauf, um denselben Muzze zum Studium des Entwurfs zu bieten, eine mehrtägige Unterbrechung der Sitzungen eintreten.

Mit der Thatsache, daß mehrere Minister nach Ofen berufen worden sind und daß am Samstag beim Grafen Belcredi eine mehrstündige Conferenz stattfand, an welcher außer dem Staatsminister noch Graf Mensdorff, Graf Esterhazy und Herr v. Majlath theilgenommen haben, werden Gerüchte der bedeutendsten Art in Verbindung gebracht; die Einsetzung eines ungarischen Ministeriums bildet den Kern dieser Gerüchte. Die „Deb.“ hat übrigens bereits ein Telegramm aus Pest erhalten, worin erklärt wird, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren.

Wie der „Telegrafus Roman.“, der bekanntlich sehr nahe zum Metropolitano Schaguna steht, schreibt, haben die Romanen in ihren Parteiconferenzen beschloffen, sich an den Wahlen zum ungarischen Landtag zu betheiligen. Das Einberufungsschreiben des ungarischen Hofkanzlers an die siebenbürgischen Regalisten ist bereits abgegangen, aber nur die Regalisten aus dem Jahre 1848 wurden in das ungarische Oberhaus berufen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Februar.

Se. Majestät Kaiser Ferdinand hat dem Hluboscher Nagelschmiedverein ein Geschenk von 600 fl. zukommen lassen.

Die Rückkehr des Grafen Mensdorff aus Pest war auf gestern Abend anberaumt. Nach einer am Morgen eingegangenen Benachrichtigung wird der Minister, so wie Graf Belcredi, erst morgen Abends wieder hier sein.

Die vom Handelsminister einberufene Enquete-Commission zur Berathung des Entwurfes einer allgemeinen deutschen Maß- und Gewichtsordnung auf Grundlage des Metersystems hat am 3. d. Vormittags unter dem Vorsitze des Professors v. Ettingshausen ihre erste Sitzung gehalten. Ueber den Verlauf derselben liegen folgende Mittheilungen vor: Die Artikel 1 und 2 des der Commission vorliegenden Entwurfes, nämlich die Feststellung des Meters als Grundlage des zukünftigen Maßes und Gewichtes in Oesterreich (mit Einführung des Dezimalsystems), und zwar für Längenmaße, insbesondere das Meter, dessen Theilungen in Decimeter, Centimeter und Millimeter, und dessen Mehrtheile, wie der Decimeter, Kilometer, für Flächenmaße das Ar und Hektar, für Körpermaße das Liter und Hektoliter, wurden einstimmig angenommen. Von dem durch Artikel 4 des Entwurfes eingeräumten Rechte, neben dem neuen Meter die bisherigen Maße und Gewichte beizubehalten, hat die Commission nur bezüglich des Fadens beim Sewefen Gebrauch gemacht und sich ihre fernere Entscheidung vorbehalten; dagegen sollen nach dem Botum der Commission die bisherigen Längenmaße: Fuß, Zoll, Linie, Quatter, Ruthe, Meile, die Flächenmaße Morgen und Joch, und die bisherigen Körpermaße aufhören. Ferner entschied sich die Commission, gemäß Artikel 5, für allgemeine Geltung des Zollcentners und Eintheilung des Pfundes in 100 Theile, für welche Unterabtheilung jedoch der Name noch nicht festgesetzt wurde. Nur in Betreff des Medicinal-, Münz-, Gold-, Silber-, Juwelen- und Perlen-Gewichtes sollen erst die fachlichen Kreise gehört werden.

Das Gemeindefatrat für die königliche Hauptstadt Olmütz hat die allerhöchste Sanction erhalten und ist bereits kundgemacht und der Stadtgemeinde übergeben worden. Dasselbe tritt als Geleß nach Ablauf von 45 Tagen in Wirksamkeit, wornach die Gemeindevahlen nach den Bestimmungen der neuen Wahlordnung vorzunehmen sein werden.

Deutschland.

In Bezug auf die bayerische Landesdeputation erzählt man sich, der König habe, als man ihm meldete, daß die Deputation eine Audienz wünsche, im ersten Augenblicke geantwortet: „Warum nicht?“ Allein der Minister v. d. Pfordten habe dem Könige vorgeschlagen, wenn eine Deputation an den Monarchen sich drängen wolle, mit der ausgesprochenen Absicht, ihm „über Stimmung und Lage des Landes die Wahrheit zu sagen“, so spreche sie damit zugleich aus, daß die Minister, deren Amtspflicht es sei, dem Könige die „Wahrheit“ zu sagen, ihre Pflicht nicht thun; wenn der König eine solche Deputation annehme, so erkenne er damit auch diese Voraussetzung bezüglich der Minister an; dieselben müßten daher in einem solchen Falle um ihre Entlassung bitten. Gegenüber diesen Folgerungen sah sich der König bewegen, der Deputation die gewünschte Audienz nicht zu bewilligen. In den Kreisen der bairischen Fortschrittspartei ist in Folge dessen die Stimmung gegen Herrn v. d. Pfordten begründeter Weise eben keine günstige geworden.

Ueber Friedrich Rückert's letzte Augenblicke wird aus Koburg, 31. Jänner, gemeldet: Heute Morgen 11 Uhr ist Friedrich Rückert in Neues bei Koburg sanft entschlafen. Seit dem Herbst bereits an den Folgen einer Operation leidend, — die Wunden schlossen sich nicht mehr — war des greisen Dichters Gesundheitszustand ein sehr schwankender geworden und taufchte sich in seiner Familie wohl Niemand mehr über das herannahende Ende desselben. Seine geistige Frische hatte sich Rückert indessen vollständig bewahrt, wenn gleich er den gewohnten weiten Spaziergängen in Neues, seinem Gute bei Koburg, entsagen mußte sich auf kurze Promenaden im Garten beschränken mußte. Am vergangenen Sonntag trat die definitive Krise ein. In der Nacht vorher hatte er sich eines ausgezeichneten

Zufolge allerhöchster Entschliessung vom 30. Dezember 1865 (Reichsgesetzblatt XXI. Stück, Nr. 149) haben Se. k. k. Apostolische Majestät dem Finanzgesetz für das Jahr 1866 die allerhöchste Sanction zu ertheilen geruht.

Nach diesem Gesetze wird der zufolge kaiserlicher Verordnung vom 13. Mai 1859 (R. G. Bl. Nr. 88) bestehende außerordentliche Zuschlag zu den directen Steuern für das Verwaltungsjahr 1866 wie im Vorjahre:

- a) Bei der Hauszinssteuer mit zwei Fünftel;
b) Bei der Erwerbsteuer mit zwei Fünftel;
c) Bei dem Contributo arti e commercio im lombardisch-venetianischen Königreiche mit zwei Fünftel, und
d) Bei der Einkommensteuer mit zwei Fünftel des Ordinariums, dagegen
e) Bei der Grundsteuer mit drei Zwölftel, und
f) Bei der Hausclassensteuer mit drei Viertel des Ordinariums bemessen und eingehoben.

Es wird somit bei den unter lit. e. und f. benannten Steuergattungen ein Nachschlag von einem Viertel des bisherigen außerordentlichen Gesamtzuschlages eintreten. Die von den Zinsen der Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen zu entrichtende Einkommensteuer wird wie im Vorjahre mit sieben Prozent bemessen und eingehoben.

Die Einhebung der letzteren g. hat wie im Vorjahre ohne Unterschied der Währung, auf welche die Obligationen lauten, in der mit der kaiserlichen Verordnung vom 28. April 1859 (Nr. 67 des R. G. Bl.) festgesetzten Art mittelst Abganges bei der Auszahlung der nach Rundmachung des erwähnten Finanzgesetzes fällig werdenden Zinsen zu geschehen.

In den Ländern, in welchen den Schuldnern das Recht zum Abzuge der Einkommensteuer von den Zinsen der hypothekarisch oder bei Gewerbsunternehmungen angelegten Capitalien gesetzlich eingeräumt ist, hat sich dieses Recht auch auf den nach dem berufenen Finanzgesetz festgesetzten Zuschlag zu derselben zu erstrecken.

Was hiemit in Folge des Finanz-Ministerial-Erlasses vom 11. Jänner d. J. 3. 1624 zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafsau, den 22. Jänner 1866.

August Ritter v. Merkl mp. t. f. Hofrath.

Obwieszczenie.

Najwyższem postanowieniu z dnia 30 grudnia 1865 r. (dziennik praw państwa XXI, nr. 149) raczył Jego ces. król. apostolska Mość ustawie skarbowej na rok 1866 udzielić najwyższej sankcyi.

Na podstawie ustawy tej istniejący wskutek cesarskiego rozporządzenia z dnia 15 maja 1859 r. (dziennik praw państwa nr. 88) nadzwyczajny dodatek do stałych podatków pobieranym będzie w roku administracyjnym 1866 jak w przedroczu:

- a) od podatku czynszowo-domowego w dwóch szóstych częściach;
b) od podatku zarobkowego w dwóch piątych częściach;
c) od „Contributo arti e commercio“ w lombardzko-weneckiem królestwie w dwóch piątych częściach;
d) od podatku dochodowego w dwóch piątych częściach zwykłego podatku.

Wymierzonym zaś będzie i pobieranym:
e) od podatku gruntowego w trzech dwunastych częściach, zaś
f) od podatku domowo-klasowego w trzeciej czwartej częściach zwykłego podatku.

Przy powyż pod lit. e i f oznaczonych gatunkach podatków nastąpi zatem zmniejszenie o jedną czwartą części dotychczasowego nadzwyczajnego ogólnego dodatku.
g) Opłacać się mający dochodowy podatek od procentów obligacyi skarbowych publiczno-fundusowych i stanowych wymierzonym będzie i pobieranym jak w przedroczu, z siódmym procentem.

Pobór pod g oznaczonego podatku, bez różnicy waluty, na którą obligacje opiewają, winien być uskuteczny w sposób wskazany cesarskim rozporządzeniem z dnia 28 kwietnia 1859 r. w nr. 67 dziennika praw państwa, przez odciążenie przy wypłacie procentów już po obwieszczeniu niniejszego prawa skarbowego zapadłych.

W krajach koronnych, w których przysługują dłużnikom prawo do odciągania podatku dochodowego od procentów na hipotekę lub na przedsiębiorstwa rekozdzielnicze lokowanych kapitałów, ma się rozciągać toż samo i do dodatku, ustanowionego rzezoną ustawą skarbową.

Co się niniejszem na skutek rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa skarbu z dnia 11 stycznia b. r. do l. 624 do powszechnej podaje wiadomości.

Z c. k. Komisji namiestniczej.
Krafsau, 22 stycznia 1866.

August Merkl mp. e. k. Radca dworu.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

jamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen der Galanterie- und Modewaarenhandlung unter der Firma „Theofil Seifert“ in Krafsau, dann der offenen Gesellschafter derselben des H. Theophil Apolinare Seifert und Adolph Winkler über welches auf Belangen des Adolph Winkler mit Beschluß vom 8. Jänner l. J. 3. 366 der Concurs eröffnet wird das Ausgleichsverfahren eingeleitet, zur Leitung des Ausgleichsverfahrens der k. k. Notar Luczkowski als Gerichts-Commissär ernannt, mit dem Beifügen, daß der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung selbst durch den Gerichts-Commissär insbesondere werde fundgemacht werden, daß es jedoch jedem Gläubiger freistehet, seine Forderung mit der Rechtswirkung des §. 15 des obigen Gesetzes sogleich anzumelden.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na żądanie wierzycieli Antoniego Czernego, Wincen-tego Wolfa i Seweryna Wisniewskiego zarządza wzglę-dem całego ruchomego i nieruchomego w krajach ko-ronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku handlu galanteryjnego pod firmą „Teofil Seifert“ w Krakowie i jawnych spółników tego handlu Teofila Apolinarego Seiferta i Adolfa Winklera należą-cego, względem którego na żądanie p. Adolfa Win-klera uchwały z dnia 8 stycznia b. r. do l. 366 kon-kurs uchwalił zostać, postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza Muczковского komisarzem sądowym do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgło-szenia się wierzycieli i wezwania do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 po-wołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Krafsau, am 24. Jänner 1866.

Es wird daher Jedermann, der an den obgenannten Ver-schuldeten eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, hiemit erinnert, bis zum 30. April l. J. die An-meldung seiner Forderung mittelst einer förmlichen Klage gegen Hr. Adv. Dr. Grabczyński, als Vertreter dieser Concursmasse bei diesem k. k. Gerichte um so gewisser einzureichen, und in derselben nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Classe gesetzt zu werden verlangt, zu er-weisen, widrigens nach Verstreifung obigen Termines Niemand mehr gehört werden — und diejenigen, welche ihre Forderungen bis dahin nicht angemeldet haben in Rück-sicht dieses Concurs-Vermögens — so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigen-thums oder Pfandrechtes oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein — und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse angehalten werden würden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow am 25. Jänner 1866.

Edykt.

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu zawiadania niniejszym edyktem niewiadomego pobytu Aleksandra Grzesickiego i Anny Grzesickiej, iż przeciw nim mało-letni Arnold, Artur, Marya i Kamila Grzesicycy, oświad-czeni spadkobiercy s. p. Antoniego Grzesickiego, pod opieką matki Karoliny Grzesickiej zostający, pod dniem 21 września 1865 r. l. 6002 pozw o zapłacenie sumy 1000 złr. m. k. czyli 1050 złr. w. a. z prz. wniosli i że wskutek tego pozwu termin do usnej rozprawy na dniu 14 marca 1866, godzina 10 zrana, w powyż-szym sporze wyznaczonym został.

Gdy pozwani z miejsca pobytu nie są wiadomi, przeto c. k. Sąd obwodowy w celu zastępowania poz-wanych na ich koszt i niebezpieczeństwo ustanowił kuratora w osobie pana adwokata Dra. Bersona, dodaj-ąc onemuż na zastępcę pana adwokata Dra. Zielin-skiego, z którym sprawa wytoczona według istniejących ustaw dla Galicyi przeprowadzona będzie.

Wzywa się więc pozwanych, ażeby w oznaczonym czasie albo sami się stawili, albo dotyczące prawne do-wody ustanowionemu dla nich kuratorowi udzieliłi, lub innego obrońcę sobie wybrali i o tem tutejszy c. k. Sąd obwodowy zawiadomili, w ogóle ażeby wszelkich ku ich obronie służących prawnych środków użyli, inaczej bowiem wynikię ze zaniebdania zle skutki sami sobie przypisać będą musieli.

Nowy Sącz, dnia 15 listopada 1865.

Edict.

Dom Tarnower k. k. Kreisgerichtes wird mittelst gegen-wärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Ghisl Fränkel wider Rastal Goldwender und Nache oder Neche Gold-wender wegen Zahlung von 100 fl. k. M. G. am 19. Jänner 1866 3. 1136 eine Wechsel-Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unter heutigem Tage der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Hr. Landes-Advocaten Dr. Jarocki unter Substitution des Hr. Advocaten Dr. Grabczyński als Curator bestellt, mit welchem die ange-brachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erin-tert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wäh-len und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertbeidigung dienlichen vorschristsmäßigen Rechts-mittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäu-mung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, 22. Jänner 1866.

Edict.

Dom k. k. Tarnower Kreisgerichtes wird bekannt gege-ben, es werde im Nachhange des hiergerichtlichen Be-schlusses vom 26. Juni 1865 3. 4287 behufs Befriedi-gung der vom Dr. Adam Morawski wider Herrn Felix Morsko Morski erzielten Wechsellsumme von 3500 fl. ö. W. f. N. G. zur executionellen Befriedigung der dem Schul-ner in 2/3 Theilen gehörigen, im Tarnower Kreise gelege-nen Güter Latoszyn sammt Zugehör Swidnica recte Swidlica ein neuer Termin auf den 20. Februar 1866, um 9 Uhr Vormittags hiergerichtlich anberaumt, bei welchem jene Güter unter den mit obbezogenem h. g. Beschlusse vom 26. Juni 1865 3. 4287 festgestellten Bedingungen veräußert werden.

Die Citationenbedingungen und der Tabular-Anszug können in der hiergerichtlichen Registratur, am Termine aber bei der Citationencommission eingesehen werden.

Hierin werden der Executionsführer, der Execut, die Miteigentümerin Frä. Sophie Morska zu Händen der Vormünderin und Mutter Fr. Leopoldine Morska, die Tabulargläubiger, dann die dem Wohnorte nach unbekannt-ten Gläubiger, welche mit ihren Forderungen erst nach dem 11. September 1864 an die Gewähr dieser Güter gelangt sein sollen, und endlich diejenigen, welchen dieser Befriedigungsbescheid aus was immer für einem Grunde entweder gar nicht, oder nicht rechtzeitig zugestellt werden sollte, zu Händen des Herrn Advocaten Rosenberg als Curator in Kenntniss gesetzt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 21. December 1865.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Barom. Höhe auf Bar. Linie, nach Reaumur Temperatur, Relative Feuchtigkei-t der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Änderung d. e Wärme im Laufe des Tages von bis.

C. k. Sąd krajowy Krakowski p. Teresę hr. Bobrowską z miejsca pobytu niewiadomą niniejszemu zawiadania:

a) że przeciw niej i p. Ignacemu hr. Bobrowskiemu w załatwieniu wniesionego pod dniem 2 czerwca 1865 l. 10771 przez p. Maurycego Blaua pozwu na mocy uchwały z dnia 6 czerwca 1865 l. 10771 wydano nakaz zapłaty polecając p. Teresie hr. Bobrowskiej, aby na zasadzie wekslu ddo. Kra-ków dnia 19 czerwca 1865 w dniu 1 sierpnia 1865 płatnego, resztującą sumę wekslową 9000 złr. w. a. wraz z procentem 6% od dnia 2 sierpnia 1865 bieżącym i kosztami sądowymi w ilości 20 złr. 42 kr. w. a. p. Maurycemu Blauowi w 3 dniach pod surowością egzekucyi wekslowej zapłaciła, albo w tym samym czasie swoje zarzuty do Sadu wniosła.

b) że na żądanie p. Maurycego Blaua celem dorę-czenia p. Teresie hr. Bobrowskiej powyższego pozwu z nakazem zapłaty i celem jej zastępowa-nia, na jej koszt i niebezpieczeństwo tutejszy adwokat p. Dr. Witski z podstawieniem p. adwo-kata Dra. Biesiadeckiego jej kuratorem ustano-wionym został.

Poleca się zatem p. hr. Teresie Bobrowskiej, aby w powyższym terminie albo nakazu zapłaty dopełniła, albo potrzebnych do wniesienia zarzutów dokumentów ustanowionemu dla siebie kuratorowi lub innemu przez siebie wybranemu, a Sądowi wykazanemu pełnomocni-kowi udzieliła, inaczej bowiem wynikię z zaniebdania skutki sama sobie przypisać będzie musiała.

Kraków, dnia 30 grudnia 1865.

Rundmachung.

Mit 1. März l. J. wird im Orte Boryslaw bei Drohobycz eine k. k. Postexpedition eröffnet, welche sich mit dem Briefpostdienste und der postamtlichen Behand-lung von Wertsendungen bis zum Einzelgewichte von 10 Pfund zu befassen und mit dem Postamte Drohobycz mittelst täglicher Postbotenfahrten nach unten folgender Coursordnung in Verbindung stehen wird:

- Von Boryslaw täglich um 8 1/2 Uhr früh.
In Drohobycz täglich um 9 3/4 Uhr Vormittags.
Von Drohobycz täglich um 2 1/2 Uhr Nachmittags.
In Boryslaw täglich um 3 3/4 Uhr Nachmittags.

Die Entfernung zwischen Boryslaw und Drohobycz beträgt 1 3/4 Meilen.

Der Bestellsbezirk der genannten Postexpedition hat aus den Orten Boryslaw, Hubicze, Schodnica und Mrzanicza zu bestehen.

Was hiemit veröffentlicht wird.
Von der k. k. galiz. Postdirection.
Lemberg, am 19. Jänner 1866.

Rundmachung.

Am 15. Februar 1866 tritt in dem Markte Wielopole Skrzyńskie eine k. k. Postexpedition ins Leben.

Dieselbe hat sich mit dem Briefpost-Dienste und der Behandlung werthhaltiger Sendungen bis zum Einzelge-wichte von 3 Pfund zu befassen und mit der Postexpedi-tion Ropczyce mittelst 4 Mal wöchentlich Subbotenposten nachfolgender Coursordnung in Verbindung zu stehen:

- Von Wielopole Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag um 3 1/2 Uhr Nach-mittags.
In Ropczyce an denselben Tagen um 6 1/2 Uhr Abends.
Von Ropczyce Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag um 6 Uhr früh.
In Wielopole an denselben Tagen um 9 Uhr früh.

Die Entfernung zwischen Wielopole und Ropczyce beträgt 2 1/4 Meilen.

Der Bestellsbezirk der Postexpedition Wielopole hat aus nachbenannten Orten zu bestehen: Brzeziny, Budzisz, Glinik, Konice, Mała, Nawisie, Nilwodna, Pstragóra, Zbogocin, Rozanka, Sosnicz, Szuwarowa, Wielopole Skrzyńskie, Zawadka.

Von der k. k. Post-Direction.
Lemberg, am 18. Jänner 1866.

Anzeigeblatt.

Ich erkläre hiemit, daß jeder im In- und Auslande auf meinen Namen ausgestellte Wechsel falsch ist.
Mayer Pamm.

Roman Goebel

F. f. Notar in Krafsau hat seine Kanzlei im Hause sub Nr. 151 Franziskaner-Casse eröffnet. (134. 1-3)

Das neu restaurirte Haus Nr. 208 in der Schuster-Gasse ist aus freier Hand zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt das Commissionshaus des Hr. W. S. Artl in der Weichselgasse. (89. 3)

Gegen Zahnschmerzen

habe ein wirklich ausgezeichnetes Mittel
F. Schott's Extractum Radieis
E. Stockmar, Apotheker in Krafsau.